UID
FAKTEN UND ARGUMENTE
Nummer 8
14. März 2005
www.cdu.de

„Mit der CDU wird es wieder besser“

„Die CDU NRW ist gut drauf. Wir sind geschlossen. Wir sind programmatisch gut vorbereitet. Unser Wahlkampfkonzept steht. Die Zusammenarbeit zwischen der Parteizentrale und den Wahlkämpfern draußen im Lande klappt gut.“

Diese erste Wahlkampf-Bilanz zog der Spitzenkandidat der NRW-CDU, Jürgen Rüttgers, auf dem Landesparteitag in Bochum. Eindrucksvolles Indiz für die hohe Motivation und Geschlossenheit des Landesverbandes ist das Wahlergebnis von Jürgen Rüttgers: 95,6 Prozent der Delegierten bestätigten den Spitzenkandidaten in seinem ▶

INHALT

Wir brauchen eine nationale Kraftanstrengung
Seite 4

Dokumentation Auswirkungen des Antidiskriminierungsgesetzes an praktischen Beispielen
Innenteil

HEUTE AKTUELL

■ Schwere Niederlage für Rot-Grün in Plenum (Seite 6) ■ „60 Jahre CDU": Festakt in Köln (Seite 7) ■ Antidiskriminierungsgesetz ist Bevormundungsgesetz! (Seite 8) ■ Hartmut Koschyk, Michael Fuchs: Mehr Bürokratie durch neues Antidiskriminierungsgesetz (Seite 9) ■ Volker Kauder: Klare Sprache, kein Kauderwelsch! (Seite 10) ■ „Glückwunsch Clint Eastwood!" (Seite 11) ■ Aus den Ländern (Seite 12) ■ Hans-Gert Pöttering: Richtige Prioritäten für Beschäftigung und Wachstum (Seite 13) ■ Keine verbrauchende Embryonenforschung durch EU! (Seite 14) ■ Katherina Reiche, Axel E. Fischer: Innovationen für mehr Wohlstand (Seite 15-16) ■ Günter Krings, Georg Fahrenschon: Aufweichung des Stabilitätspaktes verhindern! (Seite 16) ■ Michael Meister: Clement hilflos, Bundeskanzler kraftlos (Seite 16-17)

▶ Amt als Landesvorsitzenden.

„Die Menschen wollen den Wechsel. Sie wollen einen Neuanfang mit uns", so Rüttgers. Gleichzeitig warnte der CDU-Landesvorsitzende vor übermäßiger Euphorie und Übermut: „Steinbrück sah sich schon auf der Überholspur. Jetzt steht er auf dem Standstreifen. Daher darf keiner von uns so tun, als wäre das Rennen schon gelaufen", sagte Rüttgers. Die SPD werde nicht kampflos aufgeben, nach 39 Jahren betrachte sie das Land als ihr Eigentum.

Doch die Menschen in Nordrhein-Westfalen würden sich von der SPD nicht länger täuschen lassen: „Sie spüren, dass es mit Rot-Grün immer nur härter, aber nicht besser wird. Sie wissen, dass die SPD nichts von Wirtschaft versteht, dass die nicht mit Geld umgehen können. Sie wollen Rot-Grün nicht mehr. Sie wollen endlich wieder Zukunftsvertrauen haben", so Rüttgers. Doch bei der gegenwärtigen Situation in NRW sei dies nicht möglich: Mehr als eine Million Arbeitslose, fünf Millionen Stunden Unterrichtsausfall, 110 Milliarden Euro Schulden, 1,5 Millionen Straftaten im Jahr und die längste Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg.

Damit NRW wieder komme, sei eine andere, eine neue Politik nötig – für mehr Wachstum und Beschäftigung, für ein besseres Bildungssystem und für weniger Bürokratie. Die CDU werde die Finanzen und die Schulen wieder in Ordnung bringen und den Menschen mehr Freiheit lassen. „Rot-Grün setzt auf staatliche Bevormundung, weil sie den Menschen misstrauen. Wir setzen auf Freiheit, weil wir darauf vertrauen, dass die Menschen verantwortlichen Gebrauch von ihrer Freiheit machen", sagte Rüttgers. Dies unterscheide die CDU von Rot-Grün. „Unsere Alternativen sind klar: Mehr Arbeit. Mehr Bildung. Weniger Staat. Bei der SPD gibt's weniger Arbeit, weniger Bildung, mehr Staat." Mit der CDU werde es auch in Nordrhein-Westfalen besser werden.

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Angela Merkel nach ihrer Rede

Jürgen Rüttgers sei nicht nur der richtige Mann für den Landesvorsitz, sondern auch der Richtige für das Amt des Ministerpräsidenten im bevölkerungsreichsten Bundesland, erklärte die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, und gratulierte Jürgen Rüttgers zu seinem hervorragenden Ergebnis bei der Wiederwahl zum Landesvorsitzenden. Die CDU habe bewiesen, dass es den Menschen da, wo sie regiere, besser gehe. Hinter einer Million Arbeitslosen stünden die Schicksale von Familien, Bekannten und Freunden.

Die unterdurchschnittliche Zahl von Patentanmeldungen in NRW zeige, dass es dem Land durch die fehlgeleitete Politik von Rot-Grün an Innovationskraft fehle. Hinzu käme ein gigantischer Schuldenberg von 110 Milliarden Euro, von denen allein Steinbrück in seiner Zeit als Finanzminister und Ministerpräsident 27 Milliarden angehäuft habe. „Das muss sich mit dem 22. Mai schlagartig und grundlegend ändern" und „Jürgen Rüttgers hat mit seiner ganzen Mannschaft meine volle Unterstützung", erklärte die Bundesvorsitzende.

Die Politik der ruhigen Hand von Bundeskanzler Schröder hingegen sei eine Katastrophe für das Land. Schröder erkläre, er habe alles in seiner Macht stehende getan, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, jetzt könne man nur noch abwarten. Dieses Nichtstun werde die CDU aber niemals akzeptieren. Deshalb habe sie zusammen mit Edmund Stoiber dem Bundeskanzler den „Pakt für Deutschland" vorgeschlagen. „Uns ist wichtig, was Arbeitsplätze schafft", so Angela Merkel weiter.

Abschließend gab die Vorsitzende der Bundespartei der nordrhein-westfälischen CDU noch einen zusätzlichen Motivationsschub: „18 Millionen Menschen könnten besser leben, wenn sie eine bessere Regierung hätten." Deshalb werde NRW am 22. Mai wechseln: „NRW kommt wieder!", rief sie den begeisterten Delegierten zu.

DER NEUE LANDESVORSTAND

Landesvorsitzender:
Jürgen Rüttgers, 95,6%
Generalsekretär:
Hans-Joachim Reck, 72%
Stellv. Vorsitzende:
Ursula Heinen, 56,0%
Peter Paziorek, 53,0%
Christa Thoben, 76,9%
Eckhard Uhlenberg, 72,8%
Oliver Wittke, 64,9%
Landesschatzmeister:
Lothar Hegemann 83,3%

Wir brauchen eine nationale Kraftanstrengung

Die Union hat ihre Erwartung an die Bundesregierung bekräftigt, dass weitere Reformen über die rot-grüne Agenda 2010 hinaus vorgelegt werden müssen.

Foto: dpa

Angela Merkel im Bundestag

Das machte die Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag, Angela Merkel, deutlich. Mit Blick auf das bevorstehende Treffen mit dem Bundeskanzler sagte sie in der Bundestagsdebatte: „Wir werden in das Gespräch offen gehen". Angela Merkel forderte den Kanzler zu einem umfassenden neuen Reformansatz und zu eigenen Vorschlägen auf. „Stückwerk reicht nicht aus", sagte sie. Was Sinn mache, werde die Union unterstützen. Kurzfristige, schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme werde die Union aber nicht mittragen. Notwendig sei eine „Nationale Kraftanstrengung", wie sie die Union in ihrem „Pakt für Deutschland" vorschlage. Mit dem „Pakt für Deutschland" könne Deutschland aus der Starre geführt werden.

Bei einer Rekordarbeitslosigkeit von 5,2 Millionen Menschen und einem Wirtschaftswachstum von bestenfalls einem Prozent verbiete sich „eine Haltung des „Weiter so", sagte Merkel. Am wichtigsten sei es zuerst, Bürokratie abzubauen, erklärte die Vorsitzende. Sie erwarte, dass Schröder deshalb den rot-grünen Entwurf des Antidiskriminierungs-gesetzes zurückziehe und „bestenfalls" die EU-Richtlinien „eins zu eins" umsetze. Angesichts der massiven Staatsverschuldung seien Initiativen wichtig, die nichts kosteten. So müssten Genehmigungsverfahren beschleunigt werden, forderte Merkel. Beim Arbeitsmarkt müsse die Flexibilisierung weiter vorangetrieben werden. Betriebliche Bündnisse für Arbeit seien dafür ein notwendiges Mittel.

Weiterhin müssten Anreize auf dem ersten Arbeitsmarkt geschaffen werden, sagte die CDU-Vorsitzende mit Blick auf den Gipfel von Bundesregierung und Union. Zuverdienstmöglichkeiten im unteren Bereich des ersten Arbeitsmarktes müssten überprüft werden, verlangte Merkel weiter.

Sie machte außerdem deutlich, dass der Mittelstand eine Unternehmensteuerreform brauche. Gewinne, die in einem Unternehmen blieben, sollten von der Erbschaftsteuer „ein Stück" befreit werden.

Der „Pakt für Deutschland" und das darin vorgeschlagene Zehn-Punkte-Programm von CDU/CSU sind die Grundlage der Union für Gespräche mit der rot-grünen Bundesregierung.

Arbeitslosigkeit

Angela Merkel: Nationale Kraftanstrengung nötig

Angela Merkel, die CDU-Vorsitzende, hat den Bundeskanzler erneut aufgefordert, endlich etwas gegen die Rekordarbeitslosigkeit zu unternehmen. Angesichts von 5,2 Millionen Arbeitslosen sei dringend eine „nationale Kraftanstrengung" nötig.

Die CDU bietet der Bundesregierung weiterhin einen „Pakt für Deutschland" an. Dieser 10-Punkte-Plan kann sofort umgesetzt werden und schafft die Voraussetzungen für mehr Wachstum und mehr Arbeit.

Das sind unsere wichtigsten Forderungen:

- **Bürokratie abbauen:** Unternehmen müssen von überzogenen Meldepflichten und Auflagen entlastet werden. Gleichzeitig müssen Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Jobkiller und Bürokratiemonster wie das geplante Antidiskriminierungsgesetz dürfen nicht in Kraft treten.
- **Betriebliche Bündnisse für Arbeit gesetzlich verankern:** Betriebsräte und Unternehmensleitungen müssen gemeinsam über Abweichungen von Tarifverträgen entscheiden können. So können z.B. flexible Arbeitszeiten Jobs sichern und schaffen.
- **Lohnzusatzkosten senken:** Wir wollen den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um 1,5 Prozent senken. Das schafft tausende neue Jobs.
- **Unternehmenssteuer reformieren:** Vor allem mittelständische Betriebe werden zurzeit mit Einkommenssteuer, Soli-Zuschlag und Gewerbesteuer im europäischen Vergleich zu hoch belastet. Hier gilt es Entlastungen zu schaffen, damit die Betriebe neue Arbeitsplätze schaffen können.

Die Vorschläge der Union für einen „Pakt für Deutschland" liegen auf dem Tisch. Jetzt ist es an der Regierung Schröder, diese Pläne aufzugreifen. Wenn die Vorteile die Nachteile überwiegen, ist die Union auch bereit zu einer Einigung. Deutschland braucht endlich eine gemeinsame nationale Kraftanstrengung!

Besser für die Menschen. CDU

V.i.S.d.P.: CDU-Bundesgeschäftsstelle | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin | info@cdu.de | **www.cdu.de**

Flugblatt der Woche, Download auf www.cdunet.de

Schwere Niederlage für Rot-Grün im Plenum

Kurz vor der Debatte um unseren „Pakt für Deutschland" hat die Koalition eine peinliche Abstimmungsniederlage erlitten. Die Beschlussempfehlung, unseren Antrag „Tatsächliche Gleichberechtigung durchsetzen (Drs. 15/4146)" abzulehnen, ist im Plenum durchgefallen.

Rot-Grün hatte keine eigene Mehrheit. Damit haben wir die Abstimmung zur Gleichstellungspolitik gewonnen und unseren Antrag durchgebracht. Es ist zu vermuten, dass die Reihen auch deshalb so schwach besetzt waren, da weder der Kanzler noch der Wirtschaftsminister zur anschließenden Debatte um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erschienen sind. Disziplinlosigkeit und falsche Prioritätensetzung rächen sich – ein peinlicher Vorgang, der den Zustand der Koalition schlaglichtartig beleuchtet. Die Zerfallstendenzen von Rot-Grün machen sich nun auch im Plenum bemerkbar. Selbst beim rot-grünen Kernprojekt „Gleichstellungspolitik" ist kein Zusammenhalt mehr erkennbar

Norbert Röttgen

Norbert Röttgen ist der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Hintergrund: Da nicht genügend Abgeordnete von SPD und Grünen im Parlament anwesend waren, fiel eine Beschlussempfehlung des zuständigen Ausschusses, den Unionsantrag „Tatsächliche Gleichberechtigung durchsetzen" abzulehnen, durch.

ROT-GRÜN LÖST SICH LANGSAM AUF!

Streit über das Antidiskriminierungsgesetz in der Regierung, Streit über den Wehrbeauftragten in der SPD-Fraktion, zuständige Minister fehlen bei der Arbeitsmarktdebatte – und heute eine Niederlage im Bundestag! All dies zeigt, dass sich Rot-Grün im Auflösungsprozess befindet.

Die Abstimmungsniederlage der Koalition ist ein einmaliger Vorgang. Sie beweist, dass Rot-Grün die Kraft zu entschlossenem Handeln für Deutschland längst fehlt. Angesichts des desolaten Zustands der Regierungskoalition darf man gespannt sein, was der Kanzler beim Thema Bekämpfung der Arbeitslosigkeit überhaupt noch mit Aussicht auf Erfolg in der eigenen Truppe vorschlagen kann.

Volker Kauder

„60 Jahre CDU“

Festakt in Köln

Mit einer Festveranstaltung im Kölner Gürzenich hat die Konrad-Adenauer-Stiftung die Gründung der CDU vor 60 Jahren erinnert.

Altbundeskanzler Helmut Kohl, NRW-Spitzenkandidat Jürgen Rüttgers, Volker Kauder

Bei dem Festakt forderte der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende Jürgen Rüttgers von seiner Partei ein Bekenntnis zu ihren traditionellen Werten. „Gerade heute müssen wir uns als CDU wieder auf unsere weltanschauliche Identität besinnen“, sagte Rüttgers vor den rund 1200 Gästen.

Die Erfolgsgeschichte Deutschlands beruhe auf politischen Weichenstellungen, die im christlich-abendländischen Menschenbild und seiner Werteorientierung gründen. Aus diesem von den Gründungsvätern der CDU geprägten Menschenbild müsse die Partei die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft meistern, betonte Rüttgers. „Eine christliche Partei ist eine Partei nah an den Menschen mit ihren Fähigkeiten und Fehlern, ihren Hoffnungen und Enttäuschungen“, hob der nordrhein-westfälische CDU-Chef hervor. Getragen von ihren Werten müsse die Partei die dringend notwendige Umgestaltung der Gesellschaft vorantreiben.

Der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl blickte mit „Stolz und Dankbarkeit“ auf die Geschichte der Union zurück. „Wir brauchen uns vor niemanden unter den deutschen Parteien zu verstecken“, sagte der langjährige CDU-Vorsitzende im Gürzenich. Der Altbundeskanzler zeigte sich zuversichtlich, dass der Union bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai und im Bund 2006 der Machtwechsel gelingt: „Es klappt, weil die anderen am Ende sind und es klappt, weil wir besser sind.“

In Köln hatten unmittelbar nach dem Einmarsch amerikanischer Truppen am 6. März 1945 konkrete Planungen für eine neue „christlich-demokratische Partei“ eingesetzt, die mit den „Kölner Leitsätzen“ vom Juni 1945 ihren programmatischen Ausdruck fanden. Auch in Berlin gründete sich die CDU bereits 1945. Der Gründung weiterer Verbände in den Ländern folgte der Zusammenschluss zur Bundespartei im Jahr 1950.

Die Bundes-CDU wird den 60. Geburtstag der Partei im Rahmen einer Veranstaltung am Ort des Gründungsaufrufes der CDU, im Theater am Schiffbauer Damm in Berlin, am 16. Juni feiern.

Antidiskriminierungsgesetz ist Bevormundungsgesetz!

Das aktuelle Antidiskriminierungsgesetz ist ein zentrales Beispiel, wie die Bundesregierung moralisch korrektes Verhalten im Wirtschafts- und Arbeitsleben zuerst von Staats wegen definieren und dann mit Gesetzen, Behörden und Gerichtsverfahren auch zwangsweise durchsetzen will.

Die Menschen, die man vor Diskriminierung schützen will, z.B. Behinderte oder ältere Menschen, werden nicht wirklich geschützt. Auch den Schutz der Familien sucht man bei den geschützten Gruppen vergeblich, obwohl sie die Basis unserer Gesellschaft bilden.

Mehrheitlich bestätigen die Experten bei der heutigen Anhörung hingegen: Das Antidiskriminierungsgesetz ist in Wirkung und Absicht ein Bevormundungsgesetz. Es greift tief in die Vertragsfreiheit und die Eigentumsrechte der Bürger ein und geht weit über die Anforderungen der EU hinaus. Obwohl die EU nur ein zivilrechtliches Diskriminierungsverbot aufgrund der Rasse und der ethnischen Herkunft verlangt, weitet

Maria Böhmer

die Bundesregierung die Verbote auf Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexuelle Identität und Geschlecht aus. Sogar innerhalb der rot-grünen Koalition und im Bundeskabinett hat man inzwischen die Unsinnigkeit des Gesetzes erkannt – es muss in der vorliegenden Fassung schleunigst wieder vom Tisch!

Tiefer Eingriff in Entscheidungsfreiheit

Die Wirtschaft ist bereits genug rechtlichen Hürden, Bürokratielasten und Rechtsunsicherheiten ausgesetzt. Im Ergebnis wird die Bereitschaft, Arbeitsplätze anzubieten und Wohnungen zu bauen, weiter abnehmen. Die Vielzahl der Diskriminierungstatbestände, die weitreichende Beweislastumkehr, die Haftung für Drittverschulden und die umfassenden Klagemöglichkeiten für Interessensverbände werden zu gesellschaftlichem Unfrieden und neuen Ungerechtigkeiten führen. In Zukunft kann es passieren, dass nicht Qualifikation, sondern Kompetenz des Anwaltes und die neu gegründeten Antidiskriminierungsvereine darüber entscheiden, wer eingestellt wird.

Das Antidiskriminierungsgesetz zeigt wie kein anderes, welches Staats- und Menschenbild Rot-Grün verfolgt. Das Gesetz bedeutet einen tiefen Eingriff in die Entscheidungsfreiheit und hängt der Utopie an, völlige Gerechtigkeit mit staatlichen Regelungen herstellen zu können. Das Gegenteil wird der Fall sein: Statt Vertrauen zu schaffen, wird Misstrauen gesät. Statt Freiheit und Gerechtigkeit zu fördern, wird Bevormundung und Ungerechtigkeit geschaffen.

Maria Böhmer ist stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion.

Mehr Bürokratie durch neues Antidiskriminierungsgesetz

Die Front derer, die entschieden für ein neues „Bürokratieaufbau-Gesetz" eintreten, bröckelt unaufhaltsam.

Dies ergibt sich nicht nur aus der aktuellen Auseinandersetzung innerhalb der Regierungskoalition über die Frage der Rücknahme des Antidiskriminierungsgesetzes (ADG). Auch aus den Antworten der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach den bürokratischen Auswirkungen des ADG ergibt sich eindeutig und zweifelsfrei: es wird zu einem Aufwuchs an Bürokratie führen. Darüber hinaus wird eine Vielzahl von neuen gesetzlichen Regelungen erforderlich sein.

Auf die Frage, in welchen Regelungen das ADG über die Vorgaben der EU-Richtlinien hinausgeht, antwortet die Bundesregierung nur lückenhaft: Nicht erwähnt wird das neue Verbandsklagerecht für Antidiskriminierungsverbände – die EU sieht hier lediglich ein Beteiligungsrecht vor -, und nicht erwähnt werden die umfangreichen neuen Pflichten der Arbeitgeber.

Hartmut Koschyk

Michael Fuchs

Die bürokratischen Kosten für Unternehmen, die das ADG mit sich bringt, sind aus Sicht der Bundesregierung marginal. Kosten würden überhaupt erst entstehen, wenn ein angeblich Benachteiligter vor Gericht ziehen würde. Dass der Arbeitgeber aber für diesen Fall gewappnet sein, also aufwendige Dokumentation und Archivierung betreiben muss, auch wenn es nicht zu einem Verfahren kommt, wird von der Bundesregierung überhaupt nicht berücksichtigt.

Der Grundsatz der Vertragsfreiheit, so die Bundesregierung, werde durch das ADG nicht berührt. Das trifft nicht zu. Die Vertragsfreiheit ist für das deutsche Zivilrecht wesentlich. Das ADG, als Einschränkung der Vertragsfreiheit, steht daher in Konflikt mit unserer Rechtsordnung.

Das in den eigenen Reihen entstanden Feuer, ausgelöst durch die Bemerkung des Bundesinnenministers Otto Schily, das ADG sei kein Beitrag zum Bürokratieabbau, wird nun hoffentlich zu später Einsicht führen.

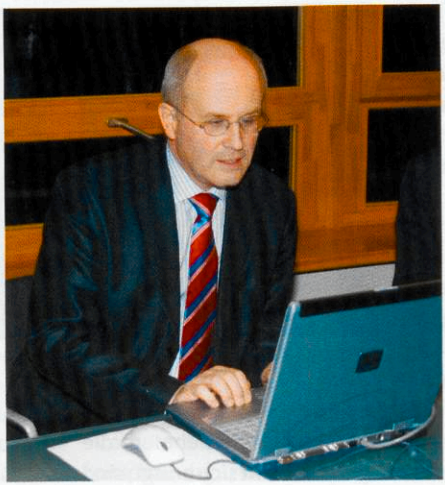
Die deutsche Wirtschaft leidet unter jährlichen Bürokratiekosten in Höhe von 46 Milliarden Euro. Daher darf das ADG nicht über die Vorgaben der EU-Richtlinien hinausgehen. Es muss endlich Schluss sein mit dem Draufsatteln von wachstumsvernichtender Bürokratie.

Hartmut Koschyk ist der Vorsitzende der AG Innen, **Michael Fuchs** ist der Vorsitzende der AG „Bürokratieabbau".

Chat mit Volker Kauder

Klare Sprache, kein Kauderwelsch!

So lautete das einhellige Urteil der Teilnehmer des ersten Chats über die Diskussion mit dem neuen Generalsekretär der CDU Deutschlands Volker Kauder.



In einem lebhaften Chat beantwortete der Generalsekretär im internen CDUnet Fragen und Kommentare der Mitglieder. Die Themen reichten von der Wirtschaftspolitik über die Möglichkeiten virtueller Parteiarbeit bis zum Wahlkampf 2006.

Über eine Stunde ging es Schlag auf Schlag im Mitglieder-Chat. Die Diskutanten sorgten für einen schnellen und hochinteressanten Austausch. „Was spricht dagegen, dass auch die Deutschen über die EU-Verfassung abstimmen dürfen?", fragte ein Chat-Teilnehmer. Kauders Antwort: „Unsere repräsentative Demokratie hat sich bewährt." Gleich der nächste Nutzer fragte, wann die Union das Thema 1968 und die Folgen in den Fokus der Öffentlichkeit rücken werde. Darauf entgegnete Kauder, dass Kulturkampf in Zeiten, in denen die Menschen Angst um ihre persönliche Zukunft haben, für die politische Auseinandersetzung nicht geeignet sei. Der Generalsekretär reagierte auf die Anfragen ganz so, wie es ein Chat erfordert: Schlagfertig, kompetent und kurz. Trotzdem konnten in der Stunde nicht alle der über 120 Anfragen und Kommentare beantwortet werden.

Völlig unterschiedliche Themen brachten die Nutzer zur Sprache: Über Europapolitik wurde genauso diskutiert wie über christliche Werte, den Politikstil der CDU und des politischen Gegners und die Taktik für 2006. Ein wichtiges Anliegen war einigen Chat-Teilnehmern die Parteiarbeit im Internet und deren Anbindung an die Parteiarbeit vor Ort. Auch ganz konkrete Anliegen – etwa zur Gefährdung von Arbeitsplätzen in einem Kreisverband – nahm Kauder zur weiteren Bearbeitung auf.

Über den Verlauf des einstündigen Chats waren sowohl Mitglieder als auch der Generalsekretär äußerst zufrieden. „Das hat richtig Spaß gemacht, wir haben eine tolle Nutzergemeinde hier im Mitgliedernetz", sagte Kauder im Anschluss. Er kündigte an, auch künftig regelmäßig im Kontakt mit den Nutzern des Mitgliedernetzes bleiben zu wollen.

Den gesamten Chat mit Volker Kauder finden Sie im internen Mitgliedernetz unter www.cdunet.de

„Sehr geehrter Clint Eastwood,

die Senioren-Union der CDU Deutschlands gratuliert Ihnen zu diesem außergewöhnlichen Erfolg aus vollem Herzen. Wir Generationsgenossen im ‚alten Europa' beobachten mit hohem Respekt und uneingeschränkter Freude, wie die Film-Akademie der ‚neuen Welt' durch diese Auszeichnung ein Zeichen gesetzt hat: Nicht das Lebensalter zählt, sondern allein die künstlerische und kreative Leistung.

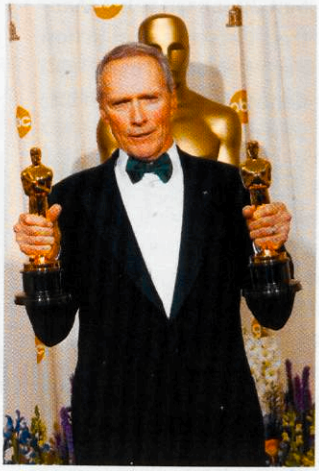


Foto: dpa

Clint Eastwood: Er erhielt neben vier „Oscars" für seinen Film „Million Dollar Baby" auch ein Glückwunschtelegramm der Senioren-Union.

Amerika lebt ganz selbstverständlich vor, was zumindest in Deutschland vorerst noch ein Wunschtraum bleibt. Hier wäre das Projekt allein daran gescheitert, dass einem 74jährigen kein Investor die Produktion finanziert hätte.

Bei der Verleihung haben Sie zu Recht bemerkt: ‚Ich würde den Geldgebern ans Herz legen, die alten Leute nicht zu vergessen. Denn die Senioren – Männer und Frauen – sind bereit, ihre beste Arbeit abzuliefern.' Das sollte künftig nicht nur in Amerika, sondern weltweit, vor allem auch in Deutschland, gelten.

Mit Stolz auf Ihren großartigen Erfolg für unsere Generation und großer Anerkennung für Ihre Lebensleistung grüßt Sie herzlich

Ihre Senioren-Union der CDU Deutschlands."

WEBMASTER-SERVICE

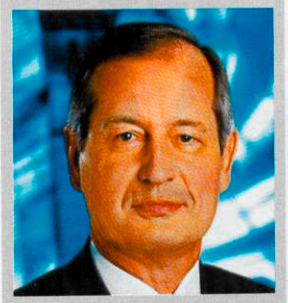
Die CDU-Bundesgeschäftstelle hat ein Online-Modul zur katastrophalen Lage auf dem Arbeitsmarkt erstellt, das Sie auf Ihrer Website einbinden können.

Im Mitgliedernetz finden Sie verschiedene Versionen des Moduls: Eine Querformat-Version, die sich für Websites, die sich an den neuen Musterseiten orientieren (neues CI) eignet sowie weitere Versionen wie etwa „Skyscraper" und Module für ältere Websites.

Achtung! Das animierte GIF „Pakt fuer Deutschland" wird auch in den automatischen Bannerservice eingebunden. CDU-Webmaster, die diesen Service nutzen, müssen das Motiv nicht von Hand einbauen!

LANDESVERBAND OLDENBURG

Seit 20 Jahren führt Manfred Carstens nun schon den Landesverband Oldenburg. Und ist kein bisschen amtsmüde.



Manfred Carstens

Im Gegenteil. Beim Landesparteitag in Nordenham sprachen dem Bundestagsabgeordneten 84,2 Prozent der Wahlberechtigten ihr Vertrauen für die nächsten zwei Jahre aus. Zu seinen Stellvertretern wählte der Parteitag den Landesgeschäftsführer Björn Thümler MdL (213 Stimmen), die Kandidatin der Frauen-Union, Barbara Woltmann (196 Stimmen) sowie den stellvertretenden Landtagsfraktionsvorsitzenden Friedhelm Biestmann MdL (194 Stimmen). Als Landesschatzmeister wurde Josef Dierkes im Amt bestätigt.

Thüringen

Kuemmern.de

Unter diesem Motto veranstaltet die CDU Thüringen fünf Regionalkonferenzen im April und Mai.

Äußerst erfolgreich verlaufen ist die erste Regionalkonferenz in Werther bei Nordhausen. Über 250 CDU-Mitglieder aus den Kreisverbänden Eichsfeld, Nordhausen und Kyffhäuserkreis diskutierten mit Ministerpräsident Dieter Althaus, Fraktionschefin Christine Lieberknecht, Generalsekretär Mike Mohring und zahlreichen Mitgliedern des Landesvorstandes und des Kabinetts über die aktuellen politischen Themen. Angesprochene Themen waren unter anderem der Abbau von Bürokratie, die Verschlankung der Verwaltung und die Kinderbetreuung in Kindertagesstätten und Schulhorten im Freistaat. Nach der Diskussion nutzten zahlreiche Mitglieder die Möglichkeit mit Ministern und Mitgliedern des Landesvorstandes persönlich ins Gespräch zu kommen.

SITUATION UND ZUKUNFT DER PFLEGE IN NRW

Nach 3jähriger Arbeit liegt der Abschlußbericht der Enquête-Kommission zur „Situation und Zukunft der Pflege in NRW" vor.

Auf 580 Seiten wird das Thema „Alter, Demografie und Zukunft der Pflege" als Quer-schnittsaufgabe aller Politikbereiche skizziert und die großen Herausforderungen formuliert. Die Enquête-Kommission hat im NRW-Landtag nach intensiven Vorarbeiten ein einstimmiges Votum zur „Zukunft der Pflege" abgegeben und 161 Handlungsempfehlungen an Politik und Gesellschaft formuliert. „Wer eine menschenwürdige Pflege heute und morgen sicherstellen will, muss heute die großen Herausforderungen anpacken. Alter und Pflege sind Themen von außerordentlicher Bedeutung," so die Kommissions-Vorsitzende, Angelika Gemkow.

Der Abschlußbericht der Enquête-Kommission zur „Situation und Zukunft der Pflege in NRW" ist ab sofort gegen die Zahlung von 12 Euro zu beziehen. Interessenten wenden sich bitte an: gisela.lange @landtag.nrw.de

Richtige Prioritäten für Beschäftigung und Wachstum

Die Lissabon-Strategie der Kommission setze die richtigen Prioritäten für mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze in Europa und werde von der EVP-ED-Fraktion voll unterstützt, hat der Fraktionsvorsitzende Hans-Gert Pöttering in einer Aussprache mit Kommission und Rat im Europäischen Parlament erklärt.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union müsse dringend gestärkt werden. Im Vergleich mit den USA liege die Europäische Union deutlich zurück. Pöttering nannte in diesem Zusammenhang die Arbeitsproduktivität pro Beschäftigen die – unter Annahme einer Punktzahl von 100 für die EU vor der Erweiterung – bei 93 Punkten der EU nach der Erweiterung und bei 121 Punkten der USA läge. Als weiteres Beispiel nannte Pöttering die Investi-

Hans-Gert Pöttering

tionen im Bereich Forschung und Entwicklung. Während die Europäische Union lediglich 1,9 % ihres Bruttosozialproduktes in diesem Bereich investiere, liege dieser Prozentsatz bei 2,8 % in den USA.

Als wichtige Elemente einer Strategie zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Europas nannte Pöttering die Notwendigkeit, die Erfahrungen älterer Menschen stärker zu nutzen, unternehmerische Initiative und Eigenverantwortung zu fördern und die Vorhersehbarkeit des wirtschaftlichen Umfeldes zu verbessern. Im makroökonomischen Umfeld gehöre dazu die Sicherung der Stabilität der Währung, der Abbau der staatlichen Verschuldung sowie weniger Bürokratie. „Eine mögliche Reform des Stabilitätspaktes muss deswegen in jedem Fall dauerhaft die Stabilitätspolitik in der Europäischen Union sichern", erklärte Pöttering.

Auch müssten die Mitgliedstaaten ihren Beitrag zur Wachstumsförderung in Europa leisten, betonte Pöttering. Die Schaffung von Arbeitsplätzen und mehr Wettbewerbsfähigkeit in Europa sei eine gemeinsame Aufgabe aller politischen Ebenen und Verantwortlichen in der Europäischen Union.

FUNDGRUBE

Sie sind an europapolitischen Themen interessiert? Sie wollen wissen, was in Brüssel und Straßburg los ist? Dann ist der Vorschaukalender auf der Internetseite der EVP-ED-Fraktion das Richtige für Sie. Optisch in vier wichtige Kategorien unterteilt informiert der Kalender über wichtige Ereignisse auf nationaler Ebene, Treffen im Zusammenhang mit der Gemeinschaftspolitik sowie wichtige Termine auf der internationalen politischen Bühne. Der Zeitplan, der einen Ausblick auf die nächsten zehn Jahre gibt, wird regelmäßig aktualisiert. Sie finden den Plan unter http://www.evp-ed.org/Activities/docs/calendrier-de.doc.

Keine verbrauchende Embryonenforschung durch EU!

Auf Initiative des Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Thomas Rachel, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Beschluss gefasst, dass die Europäische Union keine verbrauchende Embryonenforschung aus EU-Mitteln finanzieren darf.

„Es schadet der breiten Akzeptanz europäischer Forschungsförderung und behindert die Verwirklichung gemeinschaftlicher Ziele, wenn nicht respektiert wird, dass verbrauchende Embryonenforschung in mehreren Mitgliedsstaaten als Instrumentalisierung menschlichen Lebens, als Verstoß gegen die Menschenwürde und das Recht auf Leben verstanden wird," erklärte Thomas Rachel.

Der EAK-Vorsitzende erinnerte an den Beschluss des Deutschen Bundestages vom 16. Oktober 2003, in dem dieser an die EU-Kommission appelliert hatte, auch nach 2003 von der Förderung verbrauchender Embryonenforschung Abstand zu nehmen. Die Verhandlungen Ende 2003 auf EU-Ebene über die Frage, unter welchen Bedingungen embryonale Stammzellforschung nach Auslaufen des EU-Moratoriums gefördert werden sollten, waren damals gescheitert und ergebnislos abgebrochen worden. Auch das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm müsse im Bereich der Bioethik im Einklang mit den grundlegenden Verfassungsgrundsätzen der Mitgliedsstaaten stehen, betonte der EAK-Bundesvorsitzende. Entsprechend dem nun beschlossenen Bundestagsantrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion darf die Vernichtung menschlicher Embryonen zu Forschungszwecken, die in einigen EU-Mitgliedsstaaten, darunter Deutschland, eine Straftat darstellt, nicht durch das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm der EU gefördert werden. Gefördert werden dürfen nur Forschungsverfahren mit Stammzelllinien, die bereits zu einem festen Stichtag existierten. Stichtagsregelungen haben sich in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Deutschland bewährt.

Thomas Rachel

Thomas Rachel fordert die Bundesregierung auf, entsprechend dem Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf EU-Ebene zu verhandeln und die Finanzierung einer verbrauchenden Embryonenforschung zu verhindern.

WAHLTERMINE BIS ZUR BUNDESTAGSWAHL

22. Mai 2005	Landtagswahl Nordrhein-Westfalen
26. März 2006	Landtagswahl Baden-Württemberg
26. März 2006	Landtagswahl Rheinland-Pfalz
26. März 2006	Landtagswahl Sachsen-Anhalt
Frühjahr 2006	Kommunalwahlen Hessen

Innovationen für mehr Wohlstand

Nachhaltige Innovationspolitik ist mehr als die Entwicklung und Umsetzung isolierter ökologischer Ziele. Es geht darum, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass eine dauerhaft tragfähige Wirtschaftsentwicklung angestoßen wird.

Erfolgreiche Beispiele für nachhaltige Innovationen gibt es in Deutschland in letzter Zeit immer weniger. Das LKW-Maut-System konnte nur mit erheblicher Verzögerung starten, es gibt nach wie vor keine Transrapid-Anwendungsstrecke in Deutschland.

Im Ausland sieht dies anders aus. So fährt der Transrapid in China und der European Pressure Reactor (EPR3) wird in Finnland gebaut. Als gesamteuropäische Innovation wird der EPR Finnland nicht nur ein hohes Maß an Wertschöpfung bei der Stromerzeugung sichern, sondern darüber hinaus eine dauerhaft konkurrenzlos günstige Stromversorgung. Diese ist Voraussetzung für die Entstehung produktiver Arbeitsplätze und macht das Land weitgehend unabhängig von kurzfristigen Entwicklungen am Weltbrennstoffmarkt. Finnland gewinnt zusätzlich technologische Kompetenz.

Katherina Reiche

Axel E. Fischer

MERKEL TRIFFT JUSCHTSCHENKO

Während seines Deutschland-Besuches traf der ukrainische Präsident Viktor Juschtschenko in Berlin mit der Partei- und Fraktionsvorsitzenden Angela Merkel zusammen.

Bei diesem Treffen gratulierte Angela Merkel Juschtschenko persönlich zu seinem Sieg bei der Präsidentschaftswahl. Zugleich sicherte sie ihm die Unterstützung der CDU bei dem anstehenden schwierigen Reformprozess seines Landes zu.

In diesem Zusammenhang sprach sich die Partei- und Fraktionsvorsitzende für eine klare europäische Perspektive der Ukraine aus. So soll dem Land nach dem Willen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über den bislang von der Europäischen Union aufgezeigten Weg der Zuerkennung des Status einer Marktwirtschaft, der Unterstützung einer WTO-Mitgliedschaft und der Möglichkeit eines Freihandelsabkommens eingeräumt werden.

Anzustreben sei außerdem eine engere und abgestimmte Kooperation im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber sowie im Bereich des Krisenmanagements. Die Vorsitzende forderte darüber hinaus, die Ukraine besonders bei der Schaffung von Rechtsstaatlichkeit und bei der Angleichung an die EU-Regelungen im Bereich Justiz und Inneres zu unterstützen.

Es gibt viele innovationsträchtige Felder. Wir müssen die Rahmenbedingungen so gestalten, dass daraus tatsächlich nachhaltige Innovationen entstehen. Leider bremst die rot-grüne Bundesregierung viele zukunftsträchtige Bereiche, wie z.B. die grüne Gentechnik, aus.

Katherina Reiche ist die forschungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Axel E. Fischer** der Berichterstatter für Technikfolgenabschätzung.

Aufweichung des Stabilitätspaktes verhindern!

Mit der zur Chefsache erklärten Aufweichung des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes wird ein wesentlicher Grundpfeiler der Europäischen Union niedergerissen.

Der Pakt war eine wichtige Voraussetzung für die Akzeptanz der gemeinsamen Währung. Er manifestiert das Versprechen der europäischen Regierungen, mit dauerhaft soliden öffentlichen Finanzen zur Stabilität der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion beizutragen.

Der Stabilitätspakt der Europäischen Union schützt vor allem die künftigen Generationen. Jede Neuverschuldung über die Maastricht-Kriterien verspielt den finanziellen Handlungsspielraum der jungen Generation. Schon jetzt liegt die explizite Staatsverschuldung Deutschlands bei rund 66 Prozent des Bruttoinlandsprodukts - also insgesamt bei 1,4 Billionen Euro. Deutschland ist damit Lichtjahre von einem nachhaltigen Staatshaushalt entfernt.

Des Weiteren gibt es ohne Stabilität in Deutschland und Europa kein nachhaltiges Wachstum. Deshalb wäre ein Aufweichen der Stabilitätskriterien in Zeiten einer globalisierten Weltwirtschaft ein fatales Signal für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Märkte.

Wir fordern Bundeskanzler Schröder auf, beim Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs den Stabilitäts- und Wachstumspakt im Interesse der jungen Generation nicht zu einem Wackel- und Schrumpfungspakt verkommen zu lassen

Günter Krings ist der Vorsitzende der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Georg Fahrenschon** ist sein Stellvertreter.

Günter Krings

Georg Fahrenschon

Clement hilflos, Bundeskanzler kraftlos

Wirtschaftsminister Clement irrlichtert mit seinen Vorschlägen, noch vor der NRW-Wahl ein schuldenfinanziertes Konjunkturprogramm aufzulegen, weiter in dieser Bundesregierung umher.

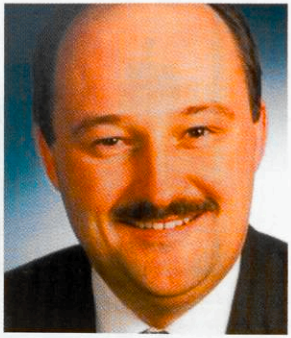
Dieses Programm hat als einziges Ziel, von dem Arbeitsmarktdesaster abzulenken, das Wirtschaftsminister Clement mit zu verantworten hat. Weil die zögerliche und halbherzige Politik dieser Bundesregierung bislang erfolglos geblieben ist, wird nun unter Federführung von Clement ein Paradigmenwechsel in der deutschen Finanz- und Wirtschaftspolitik vorbereitet mit dem Ziel, die alten Zöpfe kreditfinanzierter Konjunkturprogramme wieder aufleben zu lassen. Dabei ist allen Beteiligten klar: Von solchen Programmen sind allenfalls kurzfristige Strohfeuereffekte zu er-

warten, die die Steuerzahler teuer zu stehen kommen, ohne dass sie wirtschaftspolitisch etwas bewegen. Damit lässt sich lediglich Aktivität vortäuschen, um von der Ideenlosigkeit dieser Bundesregierung abzulenken.

Ein staatliches kreditfinanziertes Konjunkturprogramm würde Deutschland weiter in die Schuldenfalle treiben. Angesichts einer bestehenden staatlichen Gesamtverschuldung wäre dies genau der falsche Weg. Bereits heute ist jedes neu geborene Kind mit rd. 17.000 € verschuldet. Allein im letzten Jahr sind durch neue Kredite pro Kopf der Bevölkerung rd. 1.000 € dazu gekommen - das sind jeden Tag über 220 Mio. € neue Schulden. Das geht so nicht weiter, und das darf so nicht weitergehen.

Die deutsche Volkswirtschaft braucht mehr Freiheit, weniger Regulierung und mehr Wettbewerb. Die hierfür notwendigen Reformen schaffen Wachstum und Wohlstand. Wir brauchen niedrigere Steuern und Sozialabgaben. Wir brauchen eine größere Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt. Leistung muss sich in Deutschland wieder lohnen. Dann werden die Unternehmen investieren, dann entstehen reguläre, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt.

Die Union hat hierzu Vorschläge gemacht, die den Wachstumsmotor der deutschen Volkswirtschaft wieder in Gang bringen können. Angefangen von dem Konzept einer großen Steuerreform zur durchgreifenden Vereinfachung unseres Steuersystems bis hin zu Vorschlägen zur Flexibilisierung des verfestigten deutschen Arbeitsmarktes, um die Wachstumsschwelle zusenken, ab der neue Beschäftigung entsteht. Das alles sind Reformvorschläge der Union für mehr Wachstum und Wohlstand in Deutschland, die in das ordnungspolitische Konzept der Sozialen Marktwirtschaft passen. Der Bundeskanzler sollte seine Politik der ruhigen Hand aufgeben und zusammen mit der Union diese Vorschläge umsetzen, zum Wohl der Menschen.


Michael Meister

Michael Meister ist Stellvertretender Fraktionsvorsitzende.

FÜR EINE STABILE UKRAINE

Anlässlich des Staatsbesuchs von Präsident Juschtschenko verabschiedete die Bundestagsfraktion einen Antrag „Für eine klare europäische Perspektive der Ukraine".

In unserem Antrag fordern wir von der Bundesregierung, der Ukraine beim Aufbau von rechtsstaatlicher Verwaltung und Gerichtsbarkeit Hilfe zukommen zu lassen", so Claudia Nolte, Berichterstatterin der Fraktion für die Ukraine. „Daneben setzen wir uns für eine verstärkte ökonomische Kooperation ein. Die Bürger in der Ukraine sollen bald merken, dass sich die hart erkämpften politischen Veränderungen auch wirtschaftlich positiv auswirken."

Pflastermäppchen
„Trostpflaster für 6 Jahre Rot-Grün"
2 Pflasterstrips in einem Mäppchen

Bestell-Nummer: **9176**
Preis je **100 Stück: 26,00 €**
inkl. MwSt.: 30,16 €

Taschentücher „Gegen Rot-Grüne Nasen"

Bestell-Nummer: **9637**
Preis je **144 Stück: 26,50 €**
inkl. MwSt.: 30,74 €

Freshmint-Tütchen

Bestell-Nummer: **9110**
Preis je **200 Stück: 22,00 €**
inkl. MwSt.: 25,52 €

Bleistift

Bestell-Nummer: **9036**
Preis je **100 Stück: 13,50 €**
inkl. MwSt.: 15,66 €

Sonderpreis

CDU-Handysessel

orange Bestell-Nummer: **9659**
blau Bestell-Nummer: **9660**

Preis je **1 Stück: 1,00€**
inkl. MwSt.: 1,16 €

Sonderpreis

Kleiner Ball – in 2 versch. Farben

20 Bälle im Netz inkl. einer Ballpumpe.
Er ist wie ein Fußball, jedoch kleiner und handlicher.
Der ideale Spielball nicht nur für Kinder.

Bestell-Nummer: **9823**
Preis je **20 Stück: 25,80 €**
inkl. MwSt.: 29,93 €

Sonderpreis

CDU-Seemannsrucksack

blau
Bestell-Nummer: **9661**
gelb
Bestell-Nummer: **9662**

Preis je **1 Stück: 7,00 €**
inkl. MwSt.: 8,12 €

CDU-Regenschirm

Bestell-Nummer: **9658**
Preis je **Stück: 7,70 €**
inkl. MwSt.: 8,93 €

UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.

Leporello „Anpacken statt abwarten! 50 Ideen für mehr Wachstum"

- 50 konkrete Ideen für mehr Wachstum und Arbeit
- Deutschland im Vergleich mit unseren europäischen Nachbarn
- In den unionsgeführten Bundesländern läuft's besser

Bestell-Nummer: **2195**
Preis je **50 Stück: 9,00 €**
inkl. MwSt.: 9,63 €

Neu!

Postkarte „Rekordarbeitslosigkeit, und Schröder gibt auf"

Bestell-Nummer: **9197**
Preis je **50 Stück: 5,35 €**
inkl. MwSt.: 5,72 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de